

Šlouf, Jakub: „*Takový socialismus nechceme!*“. *Kultura protestu průmyslového dělnictva v českých zemích v letech 1945–1968* [„*So einen Sozialismus wollen wir nicht!*“ *Die Protestkultur der Industriearbeiterschaft in den böhmischen Ländern 1945–1968*].

Akropolis, Ústav pro studium totalitních režimů, Praha 2023. 475 S., ISBN 978-80-7470-484-0.

In den letzten gut 30 Jahren hat die Forschung detailliert nachgewiesen, wie die Repressionsorgane der sozialistischen Diktatur ihre Gegner aus den Reihen einer breit definierten Gruppe von Klassenfeinden und Oppositionellen behandelten. Insbesondere die spätstalinistische Ära wurde von der Geschichtswissenschaft lang als eine Periode harter Repression, politischer Prozesse und der Kollektivierung der Landwirtschaft durch rücksichtslosen Druck auf die Bauern beschrieben. Die in den letzten Jahren erstarkten kulturhistorischen Ansätze ermöglichen Einblicke in die offizielle Sprache der Diktatur. Die Autor:innen solcher Studien versuchen über die Analyse von Medien wie Filmen, Romanen oder Informationsbroschüren die Frage nach der Beschaffenheit des ideologischen Konstrukts zu beantworten, das den radikalen Umbau der Gesellschaft mitsamt dem Terror als Begleitmerkmal ermöglichte. Das Buch von Jakub Šlouf kehrt diese Perspektive um und erweitert so auf ganz grundlegende Weise das Wissen über die tschechoslowakische Erfahrung der entscheidenden 20 Jahre vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Prager Frühling. Šlouf arbeitet mit sozialgeschichtlichen Methoden, um einen für das Verständnis dieser Epoche absolut zentralen Bereich zu beleuchten: das Verhältnis der Arbeiterschaft zum Sozialismus.

Die Tschechoslowakische Kommunistische Partei (KSČ), die die revolutionären Ideale des Leninismus vertrat, strebte die Errichtung der Diktatur des Proletariats an, wobei sie der Arbeiterschaft die Schlüsselrolle im klassenideologischen Schema zusprach. Gerade die Fabrikarbeiter sollten die treibende Kraft darstellen, die die Gesellschaft auf dem Weg zum Sozialismus verändert. Šloufs Forschung zeigt, dass sich die Arbeiterschaft diese ideologische Vormachtstellung bereits im Frühjahr 1945 selbst zu eigen gemacht hatte. Sie war der Überzeugung, dass die beim Auseinanderbrechen der Protektoratsverwaltung besetzten Betriebe kollektives Eigentum der in der Produktion tätigen Angestellten geworden waren. Mit Druckmitteln wie Streik oder Boykott sowie anderen Formen zivilen Ungehorsams setzten sich die Arbeiter:innen selbstbewusst für ihre Interessen ein, die sie in der vollständigen Verstaatlichung der Industrie, in Lohnerhöhungen und in der Ablösung von autoritären, unbeliebten Führungskräften sahen. Sie hatten den Anspruch, beim Prozess der „nationalen Säuberung“ mitzureden und drängten auf eine schnellere Sozialisierung aller Wirtschaftsbereiche. Die Kommunisten waren in der Lage, sich die Energie der Proteste zunutze zu machen und mithilfe der Arbeiterunruhen einzelne Schritte Gottwalds in der „großen Politik“ zu legitimieren.

Allerdings stellte die Arbeiterschaft kein bloßes Objekt dar – zu dieser Deutung tendierte die Geschichtswissenschaft lange –, vielmehr war sie ein autonom handelnder kollektiver Akteur. Šlouf weist darauf hin, dass

die Arbeiter sehr wohl verstanden, dass ihre Interessen sich nicht immer mit jenen des Zentralen Gewerkschaftsrats [Ústřední rada odborů, ÚRO] oder der Leitung der KSČ deckten. Andererseits sympathisierte ein großer Teil der Arbeiterschaft mit diesen politischen Subjekten, da er in ihnen die Garantie für die Verwirklichung ihrer eigenen revolutionären Vision von 1945 sah (S. 88).

In Situationen, in denen sie den Eindruck hatten, dass diese Vision verraten werden sollte, zögerten die Arbeiter:innen auch nach dem Februar 1948 nicht, heftig zu protestieren, denn ihrem Verständnis zufolge waren die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre ihre Untergebenen.

Auf der Basis umfangreicher Archivrecherchen kann der Verfasser eine Reihe von Belegen dafür liefern, dass sich die Arbeiterschaft selbst auf dem Höhepunkt des Stalinismus nicht allein mit den direkten Vorgesetzten anlegte, sondern auch nicht vor Konfrontationen mit der regionalen oder nationalen Parteileitung zurückschreckte. Eine regelrechte Streikwelle macht er zwischen 1951 und 1953 aus, als es zu Protesten gegen schlechte Arbeitsbedingungen und die Kürzung von Sozialleistungen kam. Sie gipfelten in landesweitem Widerstand gegen die Währungsreform, mit dem die Arbeiterschaft ihre Ersparnisse zu verteidigen suchte. Ein wichtiges Ergebnis von Šloufs Studie ist, dass die Parteispitze die Arbeiterproteste sehr ernst nahm. Sie verhandelte mit der Arbeiterschaft, wandte nur selten Gewalt an, und in den meisten Fällen endete der Konflikt mit einem vollständigen oder teilweisen Sieg der rebellierenden Arbeiter:innen.

Auch dann, wenn der Protest von einem Betrieb auf die Straße übersprang und eine Destabilisierung drohte, intervenierten die Ordnungskräfte nur zaghaft, und die Gerichte verhängten eher milde Strafen gegen die Protestierenden. Um die Verbindung zwischen der Arbeiterschaft und der KSČ zumindest auf symbolischer Ebene erhalten zu können, versuchte man, die verbliebene Bourgeoisie für die Situation verantwortlich zu machen. Zurückhaltung gegenüber Arbeitern wurde selbst dann geübt, wenn die Streikenden in den Fabriken Partei- oder Gewerkschaftsfunktionäre verbal oder gar körperlich attackierten. Den Kommunisten war bewusst, dass ihre Macht vom Volk ausging, das sie mit der Arbeiterklasse identifizierten, und begegneten der Unzufriedenheit daher manchmal mit kaum verhohlener Angst.

Šlouf fasst die Entwicklung des Verhältnisses zwischen der kommunistischen Führung und der Arbeiterschaft wie folgt zusammen:

[Die Arbeiter protestierten und streikten] erstens als wichtige Verbündete der Kommunistischen Partei auf ihrem Weg zur politischen Vorherrschaft, zweitens als einflussreichste Kritiker der Unzulänglichkeit ihrer Sozialpolitik und drittens als Verteidiger ihres Reformflügels. (S. 245)

Gleichzeitig zeigt der Verfasser auf, wie zerbrechlich und wenig selbstverständlich diese Beziehung oft war. Zu den aufschlussreichsten Teilen des Buches gehören die Ausführungen über die allmähliche Verbreitung der oft hochfliegenden technokratischen Visionen der marxistischen Intellektuellen des Prager Frühlings bis in die Werkhallen und Bergwerksschächte. Šlouf legt dar, wie das wachsende Bildungsniveau und der besondere Status einer neuen sozialistischen Intelligenzija die verfestigte anti-intellektuellen Einstellung der Arbeiter:innen überwinden konnten. Dies führte dazu, dass das industrielle Modernisierungsprojekt des Reformkommunismus der 1960er Jahre von den Arbeiterkollektiven mit Protestaktionen aktiv

verteidigt wurde, wogegen die Rationalisierungsbestrebungen in der Industrie im Rahmen der Rozsypal-Reform nur wenige Jahre zuvor noch gänzlich am offensichtlichen Unwillen, die Verschärfung der Produktionsstandards zu akzeptieren, gescheitert waren.

Die Feststellung, dass es in der Tschechoslowakei auch in den 1950er Jahren Streiks gab, dass die Arbeiterschaft eine eigene Protestkultur pflegte, und dass dies keineswegs eine Anomalie darstellte, sondern durchaus im Rahmen des Systems verstanden werden muss, ist an sich schon von großer Wichtigkeit. Anhand zahlreicher mit mikrohistorischer Gründlichkeit rekonstruierter Beispiele kann Šlouf darüber hinaus aufzeigen, dass der Stalinismus nicht für alle Teile der Gesellschaft eine gewalttätige, brutale Diktatur darstellte. Der Terror wurde durch ideologische Grenzen definiert und richtete sich gegen eine vage definierte, breite Kategorie von „Klassenfeinden“, „Verrätern“ und „Saboteuren“; die Arbeiterklasse, auf die sich das stalinistische, poststalinistische und später das reformsozialistische Projekt stützte, gehörte sicherlich nicht dazu. Proteste, gewalttätige Aktionen und Streiks, die von der Arbeiterschaft initiiert und oft von lokalen Autoritätspersonen angeführt wurden, die nicht nur die Fabrikbesetzungen im Frühjahr 1945, sondern auch die Streiks gegen die Arbeitslosigkeit in den 1930er Jahren miterlebt hatten, empfand die Parteiführung als Warnsignal. Oft wurden die örtlichen Funktionäre für Unruhen härter bestraft als die Protestierenden. Es oblag den örtlichen Parteifunktionären, den Arbeitskräften die Regierungspolitik zu erklären. Gelang dies nicht, trugen sie die Verantwortung für den Zorn der Arbeiterschaft.

Die These, dass die Arbeiterschaft zwischen 1945 und 1965 ein starker politischer Akteur war, der nicht nur Eigeninteressen im Bereich der Lohnpolitik und Arbeitsbedingungen wahren konnte, sondern auch in der Lage war, die Entwicklung des Sozialismus insgesamt zu beeinflussen, stellt das herkömmliche Narrativ über die sozialistische Diktatur in Frage. Sie zeigt, dass die Bestrebungen der hierarchisch organisierten herrschenden Partei, die Gesellschaft von oben nach unten zu kontrollieren und zu modellieren, auf alternative, sich von unten ausformende Vorstellungen vom Sozialismus stießen. Die Bereitschaft, den protestierenden Arbeiter:innen entgegenzukommen, ist ein Beleg dafür, dass ein Aushandlungsprozess mit der zentralen Macht nicht nur möglich war, sondern durchaus üblich. Die Unterordnung aller Institutionen unter die totalitären Ansprüche der KSČ hatte freilich zur Folge, dass der Aushandlungsprozess seine zivilisierte, institutionalisierte Form einbüßte und die Funktionäre einer wütenden Menge auf dem Fabrikkhof gegenübertraten oder tief in den Schacht zu den streikenden Bergarbeitern einfahren mussten. Die Beispiele für konkrete radikale Aktionen von Arbeiterkollektiven führen vor Augen, dass die vielbesagte allgegenwärtige Angst um das Leben im totalitären Staat durchaus nicht überall so intensiv erlebt wurde, und es für die Machthaber keineswegs selbstverständlich war, sich für harte Repressionen gegen die Klasse zu entscheiden, als deren Avantgarde sie sich selbst verstanden. Šloufs Buch lässt sich in diesem Sinn ohne Bedenken als weitere Problematisierung des Totalitarismus-Narrativs über den tschechoslowakischen Sozialismus lesen.